



Auch junge Wähler sagten Nein zu den Energievorlagen

Die ersten Umfrageergebnisse des Liechtenstein-Instituts zeigen, dass alle Altersklassen die beiden Energievorlagen mehrheitlich abgelehnt haben. Auch bei den Parteisympathien zeigt sich, dass sich nur Freie Liste-Anhänger wirklich dafür begeistern konnten. **David Sele**

Ablehnung der Energievorlagen durch alle Altersklassen



Bekanntermassen ist die Wahlbeteiligung in den jüngeren Bevölkerungsgruppen geringer. Hinzu kommt, dass es mehr ältere Wahlberechtigte gibt. Daraus ergibt sich die generelle Sorge, dass die Interessen der Jugend in Volksentscheiden weniger Gewicht erhalten. Auch bei den Energievorlagen spielte das Alter eine Rolle, wie aus den Umfrageergebnissen des Liechtenstein-Instituts her-

vorgeht: Die Generation der Babyboomer lehnte Gebäudevorschriften und PV-Pflicht am deutlichsten ab. Im Durchschnitt sprachen sich 71 Prozent der 50- bis 69-jährigen Umfrageteilnehmer gegen die Vorlagen aus, bei den 18- bis 29-Jährigen waren es hingegen lediglich 51 Prozent. Im Endergebnis ergibt sich daraus jedoch kein Unterschied: Über alle Altersgruppen hinweg

wurden beide Energievorlagen abgelehnt. Auch zwischen den Geschlechtern ist kein massgeblicher Graben erkennbar. Zwar sprachen sich die befragten Frauen eher für die Vorlagen aus, doch auch sie legten ein klares Nein in die Urne: Durchschnittlich sagten 62,5 Prozent der befragten Frauen Nein zu den Energievorlagen, bei den männlichen Umfrageteilnehmern waren es 68 Prozent.

Zustimmung für die Energievorlagen nur durch Freie Liste-Anhänger

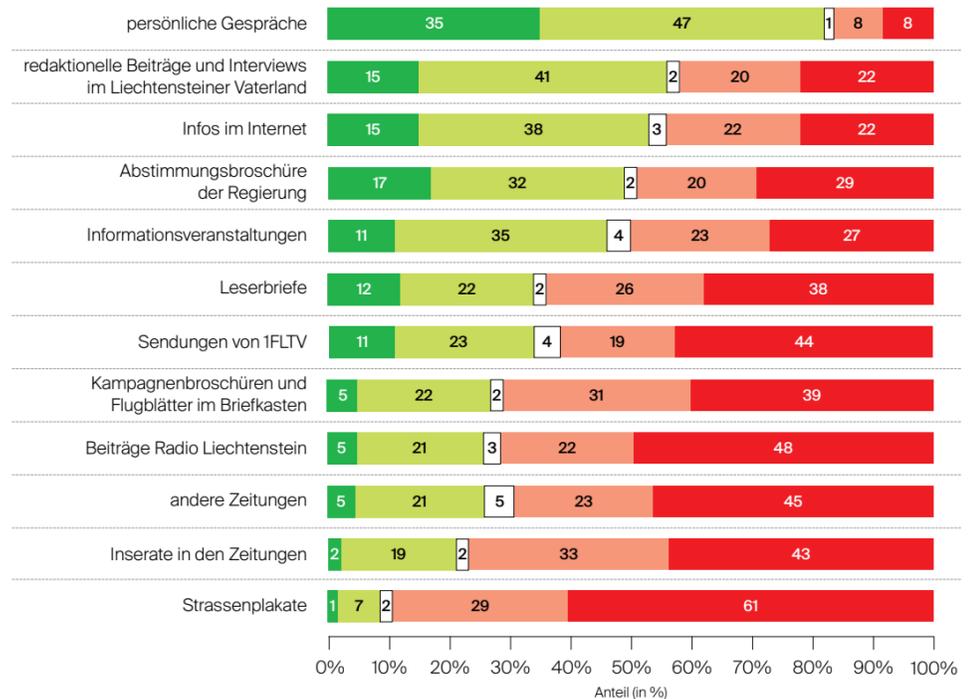


Sowohl bei der Anpassung der Gebäudevorschriften wie auch der PV-Pflicht zeigt sich gemäss den Umfrageergebnissen ein Links-Rechts-Graben. Wer sich im politischen Spektrum eher links verortet, stimmte eher mit Ja und umgekehrt. Damit einher gehen prägnante Unterschiede mit Blick auf die Parteisympa-

thien. So lehnten durchschnittlich 96 Prozent der DpL-Sympathisierenden die Energievorlagen ab, während 89 Prozent der FL-Sympathisierenden zustimmten. Bei den VU-Sympathisierenden stimmten 43 Prozent zu und bei der FBP 48 Prozent. Folglich entsprachen die Freie Liste und die DpL mit ihrer Posi-

tionierung im Abstimmungskampf nahezu komplett der Haltung ihrer Wählerbasis. Für VU und FBP war die Ausgangslage weit schwieriger. Beide Grossparteien hatten eine Ja-Parole herausgegeben, ihre Wählerbasis war anhand der Energievorlagen aber gespalten beziehungsweise mehrheitlich dagegen.

Wichtigste Informationsquelle: 1FL TV überholt Radio L



Am vergangenen Sonntag musste das Stimmvolk gleich über drei Vorlagen entscheiden: Die energetischen Gebäudevorschriften, die Photovoltaik-Pflicht und die Initiative zum elektronischen Gesundheitsdossier (eGD). Der wichtigste Informationskanal im Vorfeld zu den Abstimmungen war einmal mehr das persönliche Gespräch. Das geht aus den ersten Ergebnissen der Abstimmungsumfrage des Liechtenstein-Instituts hervor. Für 35 Prozent der Umfrageteilnehmer waren persönliche Gespräche demnach sehr und für weitere

47 Prozent eher wichtig für die Entscheidungsfindung. An zweiter Stelle folgen die redaktionellen Beiträge und Interviews im «Liechtensteiner Vaterland», die für 56 Prozent sehr oder eher wichtig waren, wobei hier nicht zwischen Print und Online unterschieden werden konnte. Auf das «Vaterland» folgten Infos im Internet und die Abstimmungsbroschüre der Regierung, die von jeweils 49 Prozent als wichtig oder als unwichtig erachtet wird. Insgesamt entspricht dieses Bild den Ergebnissen der Um-

fragen zu früheren Wahlen und Abstimmungen. Die Wichtigkeit der Informationskanäle erhebt das Liechtenstein-Institut seit 2011. Eine bemerkenswerte Verschiebung ergibt sich nun jedoch auf den unteren Plätzen: Erstmals haben die Umfrageteilnehmer 1 FL TV wichtiger eingestuft als Radio Liechtenstein. Für 34 Prozent waren Sendungen von 1FL TV demnach wichtig oder sehr wichtig. Beiträge von Radio L erachteten dagegen 26 Prozent als wichtig oder sehr wichtig für die Entscheidungsfindung.

Hinweis Abstimmungsumfrage

n=1093, Daten gewichtet, Fehlermarge +/-3 Prozentpunkte, für kleinere Subgruppen, beispielsweise Anhängerschaften der Grossparteien (n= ca. 200) +/-7 Prozentpunkte.